Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1910. Nr. 44. **für Anhalt und Thüringen.** **Jahrgang 203.**

Bezugspreis für Halle u. Vororte 2,50 Mk. durch die Post bezogen 3 Mk. für das Vierteljahr. Die Hallesche Zeitung erscheint wöchentlich zwölf mal. — Gratis-Beilagen: Hallescher Courier (illgl. Beiblatt), Ill. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeil.), Landw. Mitteilungen.

Zweite Ausgabe

Anzeigengebühren f. d. sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum f. Halle u. den Saalkreis 20 Pfg., auswärts 30 Pfg. Reklamen am Schluß des redaktionellen Teils die Zeile 100 Pfg. Anzeigen-Annahme b. d. Expedition in Halle a. S. u. bei allen bekannten Annoncen-Expeditionen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipzigerstraße 87, Hinterhaus. Telephon 158; Redaktions-Telephon 1272. Eing. Gr. Brauhausstr. Chefredakteur: Dr. Walther Gebensleben in Halle a. S.

Donnerstag, 27. Januar 1910.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburgerstraße 30. Telephon Amt VI Nr. 16290. Druck und Verlag von Otto Thiele in Halle a. S.

Die Nationalliberalen und der „schwarzblaue Block".

Obwohl der vom Freisinn und den Nationalliberalen nach Verabschiedung der Reichsfinanzreform verbreiteten Legende von dem engen Bündnis der Konservativen mit dem Zentrum und den Polen wiederholt und energisch entgegengetreten und durch treffende Argumente die in der Bevölkerung böswillig verbreitete Behauptung, die Konservativen müßten nunmehr ihre Stellungnahme in nationalen Fragen revidieren, ad absurdum geführt worden war, konnten doch die liberalen Parteien nicht umhin, immer wieder und wieder, zumal in den vergangenen Stichwahlen, wie auch bei den badischen und sächsischen Wahlkämpfen, auf dieses Agitationsmittel, mangels anderer Beweise für die volkstümliche Politik des Liberalismus, zurückzukommen und in den Vordergrund zu stellen. Daß die konservative Partei nicht im geringsten gewillt ist, ihrer politischen Ueberzeugung irgendwelche Opfer zu bringen, dafür haben die Verhandlungen im Reichstage bei Besprechung der Interpellationen über die Beamtenmaßregelungen in Kattowitz einen schlagenden Beweis erbracht, aber auch gleichzeitig den anderen, wie gerade der Freisinn, der nicht genug des Höhnens über den schwarzblauen Block konnte, mit Zentrum, Polen und Sozialdemokratie zusammenging und sich dazu bereit fand, in der Mundart der Sozialdemokratie die Autorität des Staates gegenüber jenen Beamten ins Lächerliche zu ziehen. Die Erkenntnis, daß man sich liberalerseits mit den gegen die Konservativen erhobenen Vorwürfen auf ganz falschem Wege befunden hat, scheint denn auch wenigstens schon bei den Nationalliberalen Platz zu greifen. So schreibt der nationalliberale „Schwäbische Merkur" zur jüngsten Polendebatte im Reichstage:

„Wochenlang stimmte die freisinnige Presse im letzten Sommer ein in die Entrüstung darüber, daß die Konservativen bei der Wendung in den Verhandlungen über die Reichsfinanzreform sich nicht nur mit dem Zentrum, sondern auch mit den Polen verbunden hätten. Was konnte das anders für einen Sinn haben, als den Vorwurf des Verrats an der nationalen Sache? Und was tut heute der nationale Freisinn? Besonnen urteilende Politiker haben, was wir jetzt erlebt haben, schon damals vorausgesagt. Aber ihre Stimme wurde übertönt durch den Jubel über die vermeintliche Klärung, die eine festgeschlossene nationale Linke dem durch das Bündnis mit dem Polentum unsterblich kompromittierten schwarz-blauen Block gegenübergestellt habe. Das war, wie die Tatsachen zeigen, ein schwerer Irrtum. Die wahre Klärung kommt erst jetzt. Der Verdacht, daß die konservative Partei sich dem Zentrum auf Gnade und Ungnade unterworfen habe, ist zerstört; die Prophezeiung, daß den Polen die Hilfe bei der Finanzreform durch die Preisgabe der Bülowschen Polenpolitik vergolten werden würde, ist von der Regierung mit einer vom deutschnationalen Interesse gebotenen Verschärfung dieser Politik beantwortet worden, und der Freisinn ist mit Pauken und Trompeten auf den Standpunkt zurückgekehrt, von dem aus er schon unter Bismarck unter Versteifung auf formale Theorien jeder praktischen Maßnahme zur Verteidigung des Deutschtums gegen die polnische Gefahr in den Arm fiel. Das ist in Wahrheit das „unzweideutige Ergebnis" dieser jüngsten Polendebatte."

Man kann nur im Interesse der Nationalliberalen hoffen, daß der Freisinn weitere derartige Beweise für seine unsaire politische Zwitterstellung erbringt; sie werden auch dazu dienen, die Nationalliberalen ihr unmotiviertes Verhalten bei der Reichsfinanzreform und den wahren Wert ihrer freisinnigen Bundesgenossen erkennen zu lassen.

Deutsches Reich.

* **Kaisers Geburtstag im Auslande.** Die in Budapest lebenden Reichsdeutschen veranstalteten am gestrigen Mittwoch zur Vorfeier des Geburtstages des deutschen Kaisers ein Festmahl. Generalkonsul Graf von Brockdorff-Rantzau brachte den Trinkspruch aus. Auch im Wiener „Metropol Hotel" fand aus dem gleichen Anlaß gestern ein Festmahl der deutschen Kolonie statt. Der deutsche Botschafter von Tschirsky brachte den ersten Toast aus, in welchem er es als Pflicht der Dankbarkeit bezeichnete, zunächst des Kaisers Franz Josef zu gedenken. Der Dreibund habe seine Aufgabe, der Hort des europäischen Friedens zu sein, erfüllt. Der Botschafter gedachte sodann des 80. Geburtstages des Kaisers Franz Josef, den dieser dieses Jahr feiern werde, und schloß mit dem Wunsche, daß Kaiser Franz Josef noch viele Jahre zum Wohle seiner Völker regieren möge. Hierauf brachte das Vorstandsmitglied der deutschen Offiziersvereinigung Direktor Reutti, den Toast auf Kaiser Wilhelm aus.

* **Se. Majestät der Kaiser** nahm am Dienstag vormittag im Königl. Schlosse zu Berlin den Vortrag des Chefs des Militärkabinetts, General der Infanterie Freiherrn von Lyncker, entgegen.

* **Die Hellfeld-Angelegenheit.** Aus Petersburg wird gemeldet: In der Hellfeld-Angelegenheit fand in Anwesenheit Dynowskys ein Ministerrat statt, an dem sämtliche Minister, mit Ausnahme des Kriegsministers, teilnahmen. Die russische Regierung stellte sich auf den Standpunkt des Freiherrn v. Schoen.

* **Der Budgetkommission des Reichstages,** die am gestrigen Mittwoch die Debatte über Südwestafrika fortsetzte, lag der Vertrag der Kolonialverwaltung mit der Deutschen Kolonialgesellschaft vor. Der Vertrag ist sehr umfangreich, und über ihn entspinnt sich eine sehr eingehende und lange Debatte, die für streng vertraulich erklärt wurde.

* **Meiningen und die Schiffahrtsabgaben.** Auf eine Anfrage über die Stellung, die die meiningische Staatsregierung gegenüber der von Preußen geplanten Einführung der Schiffahrtsabgaben auf natürlichen Wasserstraßen einnimmt, erklärte Staatsminister von Ziller in der gestrigen Sitzung des meiningischen Landtages, die Staatsregierung werde dem Antrag Preußens im Bundesrate zustimmen, da er für Sachsen-Meiningen einen großen Vorteil bedeute. Denn einmal sollen die Abgaben auf dem ganzen Strom in gleicher Weise verteilt erhoben werden, während bisher nur Abgaben an den Schleusen erhoben worden seien, was besonders die Anwohner des Oberlaufes der Ströme und hier besonders die deutschen Mittelländer betroffen hätte, sodann aber plane Bayern eine Kanalisierung des Mains bis Bamberg. Der Antrag Preußens sei äußerst weitsichtig und von größter kultureller Bedeutung für das deutsche Gemeinwohl; er bedeute einen starken Schutz gegen den Partikularismus.

* **Der wirtschaftliche Ausschuß** hat die Zusammensetzung der Kommission für Handel und Schiffahrt von 12 auf 17 Mitglieder erweitert. Die Kommission soll bei Vorbereitung des Abschlusses von Handelsverträgen in erster Linie gehört werden.

* **Neue staatliche Fachprüfung für Garten-, Obst- und Weinbautechniker.** Im Landwirtschaftsministerium ist soeben eine Ordnung für die „Staatliche Fachprüfung der Gartenbau-, Obst- und Weinbautechniker" fertiggestellt worden, die am 1. April 1910 in Kraft treten wird. Sie soll den Personen, die den höheren Lehrgang an den preußischen Gärtner-Lehranstalten mit Erfolg besucht und die Abgangsprüfung abgelegt haben, Gelegenheit geben, ihre Fähigkeiten und Erfahrungen besonders in einer zweiten Prüfung nachzuweisen. Aus den in 16 Paragraphen gegliederten Bestimmungen sind folgende hervorzuheben:

Für die Zulassung zur Prüfung ist der Besitz des Berechtigungsscheines zum einjährig-freiwilligen Dienste, das Zeugnis über die bestandene Abgangsprüfung nach zweijährigem Besuche des höheren Lehrganges derjenigen Anstalt, an der die Prüfung abgelegt werden soll, und der Nachweis einer mindestens siebenjährigen praktischen Tätigkeit, von der drei Jahre nach der Abgangsprüfung ausgeübt sein müssen, notwendig. Auf jedes Spezialfach, in dem die Prüfung abgelegt werden soll, muß nach der Abgangsprüfung eine mindestens 1½jährige praktische Tätigkeit verwandt sein. Außerdem ist für die Zulassung die Einreichung eines Lebenslaufes und die Beibringung von Unbescholtenheitszeugnissen für die Zeit vom Verlassen der Anstalt bis zum Zeitpunkt der Meldung zur Prüfung vorgeschrieben. Die Prüfung gliedert sich in eine schriftliche und in eine mündliche. Der schriftliche Teil besteht in der Ausarbeitung einer häuslichen Arbeit, deren Aufgabe so gestellt ist, daß sie möglichst alle Zweige des gewählten oder der gewählten Fächer umfaßt und neben der praktischen Befähigung zur Lösung selbständiger Aufgaben auch das Vertrautsein mit den wissenschaftlichen Grundlagen eines zweckmäßigen Betriebes dartut. Die mündliche Prüfung soll sich an die häusliche Arbeit anschließen und zu ihrer Ergänzung dienen. Die Prüfungsfächer sind: Landschaftsgärtnerei, großgärtnerische Pflanzenkultur, Obstbau und Weinbau. Prüflinge, die sich dem Lehrberufe widmen wollen und sich nach bestandener Abgangsprüfung mindestens noch ein zweites Semester auf einer höheren Gärtner-Lehranstalt fortgebildet haben, können durch die staatliche Fachprüfung ihre Geeignetheit zum Lehrberufe dartun.

Nach bestandener Prüfung ist dem Prüflinge die Berechtigung zur Führung des Prädikats „Staatlich diplomierter Gartenmeister" zuzuerkennen. Die Prüfungsgebühren betragen 50 Mark, von welchen 25 Mark zurückgegeben werden, wenn der Prüfling die mündliche Prüfung nicht mitmacht.

Deutscher Reichstag.

24. Sitzung vom 26. Januar, 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Dernburg.

Die zweite Lesung des Nachtragsetats für

Deutsch-Südwestafrika

wird fortgesetzt.

Abg. Dr. **Arendt** (Rp.): Die Uebereinstimmung der bürgerlichen Parteien ist hocherfreulich. Auch des Abg. Ledebour Widerspruch war mehr ein Rückzugsgefecht. (In der Hofloge erscheint der Kronprinz.) Wollen wir, daß die Zuschüsse des Reichs für die Kolonien immer weiter zurückgehen, so müssen wir die Schutzgebiete weiter durch Eisenbahnen erschließen. Die uns jetzt unterbreitete Vorlage erinnert betrübend an Sünden der Vergangenheit, da alle Leistungen für die Kolonien erst gegen den hartnäckigen Widerstand der verbündeten Regierungen erkämpft werden mußten und man im Bundesrat sehr geneigt war, so viel wie möglich von unserem afrikanischen Besitz zu annehmbarem Preise loszuschlagen. Was die Diamantenfrage betrifft, so vergesse man nicht, daß der wirtschaftliche Wert der Kolonien, die Palmenentwicklung und Viehzucht doch viel mehr wert ist, als die Diamanten. Andererseits zeigen die Diamanten, wie verfehlt es ist, über große Kolonien kurzweg abzuurteilen, wie wir es hier jahraus jahrein erlebt haben. Dem Staatssekretär gebührt Dank, daß er den Kolonien günstigere Wertschätzung verschafft hat. (Beifall.) Freilich scheint das schnelle Reichwerden einzelner in Südwest Mißstimmung zu erregen. Nicht jeder, der dorthin geht, hat Anspruch darauf, in 24 Stunden Millionär zu werden. Der Geist der Arbeitssamkeit darf bei Kolonisten und Kulturpionieren nicht erschlaffen. Legen wir aber die Worte, die in Stunden der Erregung gefallen sind, nicht auf die Goldwage. Die Art, wie wir der Reichskasse erheblichen Anteil an den Diamantengewinnen sicherten und zugleich die Diamantenpreise in der Höhe erhielten, war überaus glücklich. Mögen die Diamantenfunde anhalten, die fleißige Arbeit in der Kolonie aber nicht hemmen. (Beifall.)

Abg. **Stortz** (südd. Vp.): Der Staatssekretär hat Recht, daß kaufmännischer Geist nur in der Freiheit gedeihen kann. Aber für die freie Entfaltung dieses Geistes in der Verwaltung ist der Reichstag kein Hindernis. Hoffentlich reichen die Einnahmen aus den Diamantengewinnen zur Verwirklichung der weitausschauenden Eisenbahnpläne aus. (Zur Begrüßung des Kronprinzen erscheint in der Hofloge Vizepräsident Erbprinz Hohenlohe.)

Staatssekretär **Dernburg**: Als ich mein Amt übernahm, hatten wir so gut wie keine Bahnen. Da war Entwicklung unmöglich. Jetzt freue ich mich der Einmütigkeit, die die Vorlage im Hause gefunden hat. Sie wird vielen Farmern erst die rechte Entfaltung ihrer moralischen und physischen Kräfte ermöglichen. Aber noch ist kaum die Hälfte der Kolonie durch Bahnen erschlossen. Ich hoffe, daß uns die Diamanten für die Bahnen 34 Millionen geben werden. Die Landkommission hat die ihr gewidmete Anerkennung verdient. Was die Beziehungen der Ansiedler zur Heimat betrifft, so möge sich bald Beruhigung und ein Sich-herzsehen-lernen einstellen. Den Ihnen unterbreiteten Nachtragsvertrag mit der Kolonialgesellschaft werde ich vorläufig nicht abschließen, obwohl ich dazu berechtigt wäre. In lokalen Dingen soll in der Kolonie Freiheit herrschen. Die letzten Vorgänge können uns nicht zu Konsequenzen veranlassen, welche unsere wohlwollende und gerechte Absicht für Südwestafrika in Zweifel ziehen könnten. Die neuen Bahnen werden auch eine bessere Verwaltung bringen. (Beifall.)

Abg. **Lattmann** (wirtsch. Vgg.): Es ist erfreulich, daß hier alle bürgerlichen Parteien zusammenstehen. Die Ablehnung der Sozialdemokratie hat etwas Gequältes an sich, das kümmerlich nach Gründen gegen die Vorlage sucht. Es ist eben nichts mehr mit der Rederei von der werklosen Kolonie. Die von uns stets betonten Vorzüge der Staatsbahnen gegenüber den Gesellschaftsbahnen sind jetzt allgemein anerkannt. In der Tariffrage hatten die Vertreter der Kolonie Anspruch, gehört zu werden, aber nach Versicherung Dernburgs sind sie auch gehört worden. Im übrigen ist es angesichts der vertraulichen Verhandlung der Kommission nicht möglich, alle von außen erhobenen Vorwürfe zu entkräften. Nicht richtig aber sei, daß das Großkapital und besonders die Berliner Großbanken bevorzugt seien. In der Kolonie müsse man zugeben, daß alle Einnahmen aus den Diamanten wieder der Kolonie zufließen und dann werde auch Ruhe und Vertrauen wiederkehren. (Beifall.)

Abg. **Erzberger** (Ztr.): Kaufmännischer Geist und Etatsrecht des Reichstags sind nicht unversöhnliche Widersprüche. Redner bestreitet gegenüber dem Abg. Stortz, daß die Kolonialgesellschaft noch Rechte auf vorkommende Mineralien in Südwest habe.

Die Beratung schließt. Die einzelnen Paragraphen werden bewilligt.

Es folgen

Rechnungsübersichten

über koloniale Ausgaben.

Abg. **Goercke** (natl.) rügt eine Anzahl Etatsüberschreitungen bei den Ausgaben für Schreibmaterial, Reisekosten und Tagegeldern. Unerläßlich sei eine „Reiseordnung".

Schatzsekretär **Wermuth**: Es sind Erwägungen im Gange über eine Neuregelung der Reisekosten. Ich hoffe, es wird tunlichst bald gelingen, sie zum Abschluß zu bringen.

Abg. **Erzberger** (Ztr.): Immer schweben „Erwägungen" und immer heißt es: bald (Zuruf: tunlichst! Heiterkeit), also tunlichst bald werden sie zum Abschluß kommen. Aber wann kommt das „bald"!? Die Antwort des Schatzsekretärs läßt alles in der Schwebe. Redner kritisiert dann ebenfalls die Ausgaben für Schreibmaterial, darunter über 500 Mark „Gebühren für Papier-Untersuchungen" (stürmische Heiterkeit).

Schatzsekretär **Wermuth**: Ich glaube, daß die Neuregelung der Tagegelder, Reisekosten vor dem 31. März d. J. zustande kommen wird. Die von dem Vorredner vorgebrachten Beispiele will ich mir merken und dem Sparsamkeitssinn der verbündeten Regierungen die Zügel schießen lassen. (Heiterkeit.)

Die Ueberschriften für 1908 werden sodann genehmigt, ebenso debattelos einige weitere Rechnungssachen.

Nunmehr beginnt die zweite Lesung des

Militäretats.

Abg. **Häusler** (Ztr.): Uns fehlt eine Organisation, welche den Körper der Jugend schon in frühester Zeit stählt und ihr soldatischen Geist gibt. Dem Kriegsminister danken wir für zweckmäßige Vereinfachungen in der Richtung der Sparsamkeit. Die neuen Vorschriften für die Ausbildung der Infanterie verdienen volle Anerkennung. Nicht aufgeben kann ich die Forderung auf Einführung der zweijährigen Dienstzeit auch für die Kavallerie. Was uns die großen Manöver mehr kosten, muß bei den Brigade- und Divisionsmanövern wieder erspart werden. Kaufmännischer Geist kann der Heeresverwaltung ebenso wenig schaden wie der Marineverwaltung. Dazu gehört freilich ein geschultes Beamtentum. Man verschärfe die Vorbedingungen für die Zulassung zum mittleren Beamtendienst und vereinheitliche die Ausbildung. Die Bekämpfung des Duells erfolgt noch nicht mit der wünschenswerten Energie. Dem Handwerke bringe der Minister Wohlwollen entgegen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191001272-11/fragment/page=0001

Abg. Osann (natl.): Wir denken dankbar der Wirksamkeit des Kriegsministers v. Einem. Gerade im Heresetat muß Sparsamkeit walten. Kann z. B. bei den Wohnungen der kommandierenden Generale nicht gespart werden? Nicht auch an Munition? Nicht bei Paraden? Die Schlagfertigkeit des Heeres darf freilich durch die Sparsamkeit nicht in Frage gestellt werden. Die Dauer der Dienstzeit bei den berittenen Truppen darf mit der Verlängerung des Quinquennats nicht verquickt werden. Die Bespannung der Geschütze muß lückenlos durchgeführt werden. Wann endlich wird der Bevorzugung des Adels ein Ziel gesetzt? Die Verdienste des Adels verkenne ich nicht. Aber haben wir nicht viele Regimenter, in denen bürgerliche Offiziere nicht zugelassen werden? Zwischen den guten und schlechten Garnisonen muß ein Ausgleich der Offiziere stattfinden. Die Soldatenmißhandlungen verurteilen wir, wagnen aber bei ihrer Aburteilung vor Schablonisierung. Leider sind die Mißhandlungen in Bayern besonders groß. Wir werden unsere Rüstung fortsetzen, aber ohne Nervosität. (Beifall.)

Bayerischer Bundesratsbevollmächtigter General v. Gebsattel legt Verwahrung gegen die Behauptung des Vorredners ein, in Bayern kämen besonders viele Soldatenmißhandlungen vor. Die Statistik sage das Gegenteil.

Abg. Stücklen (Soz.): Die wichtigsten Entscheidungen fallen im Militärkabinett. Der Kriegsminister ist nur verantwortlicher Redakteur. Unsere Rüstungen treiben zum finanziellen Bankerott. General v. Deimling hat in einer Ansprache an Landwehrleute offen vor dem Gequasselt über den Weltfrieden gewarnt. (Bravo! und Heiterkeit.) General v. Keim treibt eine wahre Kriegshetze. Kürzlich ist auch in London eine wahre Hetzrede gehalten worden. Das war die Antwort. (Lebhafte Rufe: Umgekehrt!) Mehr als das äußere ängstigt das Bürgertum der innere Feind. Aber was wäre Deutschland ohne den inneren Feind, die Arbeiter? (Lebhafte Rufe: Nicht Arbeiter, Sozialdemokraten!) Das Recht auf Straßendemonstrationen lassen wir uns auch durch Militärgewalt nicht nehmen. Wahre Ersparnis wird erst starke Verkürzung der Dienstzeit bringen. Duldet der Minister das Eingreifen von Militär bei Lohnkämpfen, zur Absperrung bei Fürstenbesuchen? Hätten wir eine Miliz wie die Schweiz, ich glaube, dem Kriegsminister würden die Haare zu Berge stehen. (Stürmische Heiterkeit, in die der Minister — ein völliger Kahlkopf — lebhaft einstimmt.) Wann kommt die Aufbesserung der Soldatenlöhne? Redner folgert aus einzelnen Fällen auf das Vorhandensein einer Militärklassenjustiz und meint, die militärische Jugenderziehung sei zuerst von seinen Freunden angeregt. Die Kriegervereine sind nur Schutztruppen der Reaktionäre, das hat sich jetzt erst wieder im Hallescher Wahlkampfe gezeigt. Man denke endlich an das internationale Abrüsten.

Nach längeren Ausführungen des preußischen Kriegsministers ergreifen noch das Wort die Abgeordneten v. Liebert und Osann, sowie der bayerische Bundesratsbevollmächtigte v. Gebsattel. Darauf wird die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr vertagt.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn. Gegenüber Blättermeldungen von einer groß angelegten Gegenspionage der österreichisch-ungarischen Kriegsverwaltung wird von Wiener amtlicher militärischer Seite mit aller Entschiedenheit erklärt, daß alle Nachrichten vom Bestehen einer militärischerseits errichteten Agentur zum Zwecke der Gegenspionage sowie die davon geknüpften Erzählungen erfunden sind und jeder tatsächlichen Grundlage entbehren. Ebenso unrichtig sind alle Nachrichten der Zeitungen über das angebliche Anhalten eines Militärattachés gelegentlich der unlängst erfolgten Verhaftung eines Militärbeamten wegen Spionage.

Die Wahlen in England. Nach den bis Mittwoch nachmittag 3 Uhr bekannt gewordenen Wahlergebnissen sind gewählt: 255 Unionisten, 230 Liberale, 38 Vertreter der Arbeiterpartei und 72 Nationalisten. Der Gewinn der Unionisten beträgt hiernach 117, in den anderen Zahlen hat sich nichts geändert. In Glamorgan wurde der Sollicitor-General Sir Samuel Evans wiedergewählt. Premierminister Asquith wurde in Fifeshire wiedergewählt, Kriegsminister Haldane in Haddingtonshire.

Die Eröffnung des norwegischen Storthings. Der König hat am gestrigen Mittwoch in Gegenwart der Königin und des diplomatischen Korps den Storthing mit einer Thronrede eröffnet. Die Thronrede erklärt die Beziehungen Norwegens zu den fremden Mächten für befriedigend. Die Regelung der Verhältnisse in Spitzbergen sei der Gegenstand von Auseinandersetzungen mit den übrigen interessierten Mächten. Es werden ferner u. a. Gesetzentwürfe über die Rechtspflege, über eine Produktionssteuer auf Bier und über Schiedsgerichte bei Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern angekündigt.

Türkei. Sicherem Vernehmen nach sind die Nachrichten über begonnene größere militärische Vorbereitungen in der Türkei übertrieben. Tatsache jedoch ist, daß die Einberufung der Redifs aller Korpsbereiche zu 20tägigen Waffenübungen beschlossen ist. Der Termin der Einberufung, die zunächst in Partien von 20000 Mann erfolgen soll, ist noch unbekannt.

Die Kretafrage. Die türkische Botschaft in Berlin teilt mit: Die in einigen Zeitungen erschienene Nachricht, daß der türkische Großwesir Hakki Pascha in Rom mit dem griechischen Gesandten persönlich verhandelt hätte und daß eine Verständigung in der Kretafrage auf der Basis pekuniärer Entschädigung möglich wäre, entbehrt jeder Begründung. Wie aus den Erklärungen, die das neue türkische Kabinett in seinem Programm gegeben habe, hervorgehe, sei eine Aenderung des Standpunktes der ottomanischen Regierung in dieser Frage ausgeschlossen.

Persien. Aus Buchara wird uns unter dem 26. Januar gemeldet: Die Nacht ist ruhig verlaufen, bloß in der Umgegend der Stadt fielen einzelne Schüsse. Am Vormittag zogen russische Truppen, die vom Gouverneur herbeigerufen sind, in die Stadt ein; die Bevölkerung verhielt sich teilnahmslos.

Der amerikanische Fleischtrust. Nach einer Meldung aus Chicago hat das Oberste Bundesgericht die Untersuchung über die Machenschaften des Fleischtrusts begonnen.

15. ordentliche Vollversammlung der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen.

(Fortsetzung.)

Die Verhandlungen der Vollversammlung am zweiten Tage begannen bereits um 9 Uhr vormittags. Ihnen wohnten wieder die Herren Oberpräsident Exzellenz v. Hegel und Landrat v. Krosigk bei. Erster Gegenstand der Beratung war Stellungnahme zu der Frage der Uebernahme der Ackerbauschule in Badersleben in die Verwaltung der Landwirtschaftskammer. Bisher war die Ackerbauschule in Badersleben ein Privatunternehmen und wurde von dem jeweiligen Pächter des Klostergutes mit einem Zuschusse der Provinz in Höhe von 15000 Mk. betrieben. Der bezügliche Vertrag läuft nun am 1. April ab. Daher trat die Frage an die Landwirtschaftskammer heran, wie sich weiterhin die Verhältnisse an der fraglichen Anstalt gestalten sollen, zumal die Provinz den Vertrag mit dem Pächter unter keinen Umständen fortsetzen will und nur noch einen Zuschuß von 9000 Mk. zu zahlen bereit ist, wenn die Landwirtschaftskammer die Verwaltung der Schule übernimmt. Die Vollversammlung stimmte der Uebernahme der Schule durch die Kammer in folgender Form zu:

„Die 15. ordentliche Plenarversammlung der Landwirtschaftskammer erkennt an, daß es den Interessen der Landwirtschaft entspricht, wenn das gesamte niedere landwirtschaftliche Schulwesen von einer Stelle aus geleitet wird. Sie ermächtigt daher den Vorstand der Landwirtschaftskammer, die Verwaltung der Ackerbauschule zu Badersleben unter der Voraussetzung zu übernehmen, daß 1. den Verhältnissen der Neuzeit entsprechende Veränderungen in der äußeren und inneren Einrichtung der Schule getroffen werden und 2. der Landwirtschaftskammer selbst keinerlei Kosten aus der Uebernahme und Verwaltung der Schule zu Badersleben erwachsen dürfen."

Einführung einer für das Gesamtgebiet der Provinz Sachsen geltenden Hengstkörordnung. Ueber einen dahingehenden Antrag des Ausschusses für die Förderung der Tierzucht sprach Herr Oekonomierat Hoesch-Neukirchen. Die staatliche Hengsthaltung genüge nicht mehr den Bedürfnissen weder der Qualität noch der Zahl nach. Darum müsse die Privat-Hengsthaltung gefördert werden, und das könne durch die neue Hengstkörordnung geschehen. Die jetzt geltende Körordnung habe viele Mängel im Gefolge gehabt. So den, daß die Kreise die Körung vornehmen, wodurch eine Zersplitterung des Materials erfolge, und es werde auch als unbillig empfunden, daß der Landrat von Amts wegen den Vorsitz in der Körkommission führt. Nach dem Vorgehen anderer Provinzen habe man sich deshalb entschlossen, eine einheitliche Körordnung für die gesamte Provinz Sachsen ins Auge zu fassen und der Ausschuß für die Förderung der Tierzucht hat eine solche Körordnung entworfen. Diese habe folgende Vorteile: Die gemeinsame Körung an einem Orte. Schon in Oldenburg, Aurich, Schleswig besteht eine solche Zusammenziehung aller Hengste. Das hat den Vorteil der Verbilligung der Kosten und der besseren Durchbildung der Hengsthalter und des Hengstmaterials. Nur bei einer solchen Zusammenziehung kann Einund Verkauf der Hengste vorteilhafter gestaltet werden. Geschieht das nicht, dann wird das Material der Hengste herabgesetzt. Die Hengstzuchtgenossenschaften können auch nicht ihre Aufgabe der besseren Verwertung der Hengste durchführen, wenn eine solche Zusammenziehung der Hengste nicht erfolgt. Die kleineren Züchter haben den Vorteil, wenn sie sich zu Genossenschaften zusammenschließen, daß sie zu einem besseren Material von Hengsten gelangen werden. Nach der neuen Körordnung ist die Zusammensetzung des Köramtes von Wichtigkeit. Es soll aus 6 Mitgliedern bestehen, die lediglich von der Landwirtschaftskammer, praktisch vom Vorstande derselben unter Berücksichtigung der einzelnen Regierungsbezirke berufen werden. Die Körgebühren, die jetzt 6 und im Wiederholungsfalle 3 Mk. betragen, werden künftig 20 und 10 Mk. betragen. Aber dabei sind auch die Transportkosten gedeckt. Nach der neuen Körordnung können auch, um den Bedürfnissen an Tieren schweren oder leichteren Schlages genügen zu können, für einzelne Bezirke der Provinz einzelne Tiere angekört werden. Mit Einführung dieser Körordnung sei die Provinz Sachsen den anderen Provinzen voraus, aber es sei auch viel nachzuholen. Redner ging noch auf die Rassefrage ein. Er wies darauf hin, daß den Gestüten das beste Material nicht mehr zugeführt werde. Es sei Aufgabe der Privathengstzüchtung, dafür zu sorgen, daß ein gutes Qualitätsmaterial gezüchtet werde. Der Herr Vortragende brachte dann nachstehend angenommene Entschließung zur Kenntnis. Ein Redner aus Jerichow, Herr Brauchitsch, wandte sich gegen die neue Körordnung. Die jetzige habe sich für die kleineren Besitzer ganz gut bewährt. Ein Redner trat dieser Anschauung entgegen. Von diesem wurde das Landgestüt angegriffen als ein Luxusinstitut. Er wünschte, daß die Landwirtschaftskammer die ganze Sache übernähme. Herr Amtsrat Osterland war mit dem Angriff auf das Landgestüt nicht einverstanden. Er brach auch eine Lanze für das englische Pferd gegen das belgische. Das englische Pferd lebe 10 Jahre länger als das belgische und eigne sich viel besser für Kreuzungszwecke. Der Redner legte auch der Zusammenziehung der Hengste in Magdeburg, Halle und einem dritten Orte in der Provinz große Wichtigkeit bei. Der Redner trat für die Landräte als Vorsitzende der Körkommissionen ein. Sie seien meist mit den Verhältnissen durchaus vertraut und „ein Landrat kann alles." (Heiterkeit.) Herr Graf von der Schulenburg machte den Vorschlag, heute die Entschließung anzunehmen, das Weitere werde sich später finden, man habe in dem folgenden Jahre Zeit, sich die Sache zu überlegen und könne dann über die Einzelheiten sprechen. Heute sei man hierzu kaum in der Lage. Exzellenz von Hegel bemerkte, daß er und der Provinzialrat sich nicht zu einer Aenderung der jetzigen Körordnung entschließen könnten, wenn nicht die Landwirtschaftskammer zu einem ziemlich einheitlichen Beschlusse komme. Die Angelegenheit bedarf durchaus der Prüfung und Durchdenkung. Den theoretischen Erwägungen für eine die gesamte Provinz umfassende Körordnung könne man sich nicht verschließen, ob sie aber auch praktisch durchführbar ist, das muß erst geprüft werden. Der Präsident der Kammer, Herr Major von Busse, führte aus, wie die Kammer dazu gekommen war, diese Angelegenheit auf die Tagesordnung zu setzen und folgende Entschließung zur Annahme zu empfehlen: „Die 15. ordentliche Plenarversammlung der Landwirtschaftskammer erkennt an, daß der derzeitigen Hengstkörung Mängel anhaften. Sie hält die Durchführung einer einheitlichen Körordnung für das Gesamtgebiet der Provinz Sachsen und die Zusammenziehung aller Hengste behufs Ankörung an einem Ort für erstrebenswert. Sie ersucht den Vorstand, die Angelegenheit weiter zu verfolgen und gegebenenfalls im nächsten Jahre Vorschläge für den Erlaß einer neuen Körordnung zur Beschlußfassung vorzulegen." — Die Versammlung stimmte dieser Entschließung wie bemerkt zu.

Abänderung der §§ 2 und 4 der Satzungen der Landwirtschaftskammer. Die Vollversammlung hatte Dienstag beschlossen: 1. den Abs. 1 des § 2 der Satzungen wie folgt zu ergänzen: „Weiter ist die Landwirtschaftskammer berechtigt, zur Erstattung von Gutachten und zur Schlichtung von Streitigkeiten in landwirtschaftlichen Angelegenheiten öffentliche Sachverständige zu bestellen"; 2. bei § 4 der Satzungen folgenden Zusatz einzufügen: Abs. 1 bei Zeile 12 hinter die Worte „Mansfelder Seekreis" „der Stadtkreis Stendal wird mit dem Landkreis Stendal verbunden"; Abs. 1 bei Zeile 21 hinter die Worte „dem Stadtkreis Eisleben 1 Wahlmann": „dem Stadtkreis Stendal stehen 2 Wahlmänner zu"; bei Abs. 2a hinter das Wort „Stendal": „mit Stadtkreis". Der geschäftsführende Direktor, Herr Oekonomierat Dr. Rabe, teilte am zweiten Tage in bezug auf die Satzungsänderung in § 2 mit, der Herr Landwirtschaftsminister, dem der Wortlaut der Aenderung schon früher unterbreitet worden ist, habe die Fassung beanstandet und dafür folgendes vorgeschlagen: In Erfüllung ihrer Aufgaben ist die Landwirtschaftskammer auch berechtigt, zur Erstattung von Gutachten und in landwirtschaftlichen Angelegenheiten Sachverständige zu berufen. In dieser Form wird nun die Satzungsänderung angenommen.

Die obligatorische Einführung der ländlichen Fortbildungsschulen in der Provinz Sachsen war Gegenstand eines Vortrages, den der Präsident der Landwirtschaftskammer für den Regierungsbezirk Kassel, Herr Freiherr von Stockhausen-Abgunst, hielt. In Hessen hat man über diesen Gegenstand besondere Erfahrungen zuerst gemacht. Seit 1894 sind hier die Bestrebungen für die ländliche Fortbildungsschule im Gange. Man kann sich dem nicht verschließen, daß bei der Entwickelung der sozialen Verhältnisse es unbedingt nötig ist, die zerstörenden Kräfte, die schon an die Jugend sich herandrängen, zu paralisieren. Pastor Herbst habe in einem ganz vorzüglichen Aufsatze die Erziehung des Eingelnen zum Volke als Notwendigkeit bezeichnet. 1904 bestanden im Regierungsbezirk Kassel 59 Winterschulen mit und 64 ohne Schulzwang. 1904 setzte die Bewegung für die ländliche Fortbildungsschule ein. Eine solche sei durchaus notwendig. Selbst bei den Arbeitern macht sich ein Bildungsdrang geltend, der sie zur Landflucht drängt, weil ihnen auf dem Lande die Bildungsmöglichkeiten fehlen. Es sei nicht nur die Sucht nach Vergnügen, die sie nach der Stadt führen. Im Bezirk Kassel habe man die Erfahrung gemacht, daß die Volksschulvorbildung der Schüler, welche die Winterschulen besuchen, ungenügend war. Deshalb habe man an eine Weiterbildung der Volksschüler durch die Fortbildungsschule gedacht. Die Landwirtschaftskammer habe aber mit im Auge gehabt, daß den Winterschulen durch den Besuch der Fortbildungsschule kein Abbruch geschieht, etwa weil zuviel landwirtschaftlicher Unterricht in den Fortbildungsschulen gegeben werde. Solche Befürchtungen haben sich jedoch im Bezirk Kassel als unberechtigt erwiesen. Seitens der Staatsregierung habe sich eine Fürsorge für die ländliche Fortbildungsschule darin geltend gemacht, daß in Weilburg Unterrichtskurse für die Lehrer zur Heranbildung für ihre Aufgaben eingerichtet wurden. Doch glaubte der Redner nicht, daß der Zweck voll erreicht werden wird. Im Bezirk des Vortragenden hat man von den Raiffeisenschen Kassen aus die Sache gefördert. Nachdem 1904 die obligatorische Fortbildungsschule eingeführt worden ist, hat sich ein ungeheures Emporschnellen des Besuches der Schulen gezeigt und auch die Winterschulen haben eine sehr starke Vermehrung ihrer Zahl zu verzeichnen. Der Vortragende belegte seine bezüglichen Ausführungen durch Zahlen. Die Kosten werden von den verschiedensten Stellen getragen. Jede Schule verursacht durchschnittlich 157 Mk. Kosten. Da der Staat einen sehr erheblichen Teil hierzu leistet, so ist die Last der Gemeinden nicht allzu groß. Die Wirkung der Fortbildungsschule sei ebenfalls eine sehr erfreuliche. Die ländlichen Fortbildungsschulen haben in jeder Beziehung den auf sie gesetzten Erwartungen entsprochen, so daß einzelne Kreise dazu gekommen sind, den Besuch der Winterschulen von dem vorherigen Besuche der Fortbildungsschulen abhängig zu machen. Es sind auch Kreiskuratorien eingerichtet worden, um einen einheitlichen Unterricht in den Fortbildungsschulen zu gewährleisten, wie es für den Besuch der Winterschulen notwendig ist. Auch in anderen Provinzen sei man daran, die ländliche Fortbildungsschule einzuführen. Es sei denn auch wünschenswert, daß man nicht nur in der Provinz, sondern im ganzen Staate, im ganzen Reiche zu einer einheitlichen Einführung der ländlichen Fortbildungsschulen gelange. (Beifall.)

Ein Redner aus Thüringen, Herr Koch, glaubte, vor der Einführung ländlicher Fortbildungsschulen warnen zu müssen. Man erziehe durch sie bloß die Jugend für die Sozialdemokratie, welche die Früchte davon ernte. Herr Oberpräsident Exzellenz v. Hegel führte im Gegensatz hierzu aus, in der Provinz Hannover sei man daran, die ländliche Fortbildungsschule mit Pflichtbesuch auf dem Wege des Gemeindestatuts einzuführen. Die Gegner der ländlichen Fortbildungsschulen betonen vor allem die Schwierigkeit der Durchführung. Das geeignete Lehrmaterial für die ländlichen Fortbildungsschulen zu finden sei nicht leicht. Ihre bisherige Bildung und Praxis genügt doch nicht, um den Unterricht in den ländlichen Fortbildungsschule anziehend für die Schüler zu gestalten. Durch entsprechende Vorbildungskurse sollen die Lehrer für die Erteilung des Unterrichts in der ländlichen Fortbildungsschule vorbereitet werden. Im Herbst wurden auf Kosten des Staates 40 Lehrer für solchen Dienst in den ländlichen Fortbildungsschulen vorbereitet. Diese Vorbereitung für den Unterricht an der ländlichen Fortbildungsschule ist nötig. Gewiß gäbe es eine Menge Lehrer, die ihre Ausbildung selbst bewirken können, durch Selbstunterricht usw., aber ohne solche Vorbereitungskurse werde man die ländliche Fortbildungsschule nicht einführen können. Deshalb sei es zu begrüßen, daß der Provinzialrat empfiehlt, der Provinzialausschuß wolle die Mittel für diesen Zweck bewilligen. In diesem Jahre werden zwei Unterrichtskurse abgehalten, durch die eine ganze Menge Lehrer ausgebildet werden. Gegen den Vorredner bemerkt der Herr Oberpräsident, so schwerwiegend dessen Bedenken seien, so verkenne er doch die soziale Bedeutung dieser Frage. Es sei ein Irrtum, anzunehmen, daß im Sommer an der ländlichen Fortbildungsschule Unterricht erteilt werde. Nur vom November bis April solle Unterricht gegeben werden. In der Zeit, wo das Rübenverziehen vor sich geht, soll der Unterricht gänzlich ausgeschaltet werden. Die Annahme ist hinfällig, daß die ländliche Jugend durch den Fortbildungsschulunterricht der Arbeit entzogen werde. Es soll auch der Unterricht so eingerichtet werden, daß die Befürchtung, es werde lediglich die Jugend für die Stadt vorbereitet, unbegründet ist. Die Jugend soll ganz und eindringlich durch den Unterricht in das Wesen der Landwirtschaft und in die Schönheiten des Landlebens eingeführt werden. Der Herr Oberpräsident ist überzeugt, wenn die Jugend mehr Einsicht in die Eigenart und den Wert des Landlebens und der Landwirtschaft erhält, dann wird sie der Landflucht nicht verfallen. Und die ländlichen Fortbildungsschulen sind geeignet, diese Landflucht aufzuhalten. Was hat denn die Jugend in der Stadt zu erwarten? In der Stadt muß die fortbildungsschulpflichtige Jugend das ganze Jahr die Fortbildungsschule besuchen und der Schulzucht unterstellt sie auch da. Der Trieb nach persönlicher Freiheit der Jugend erfährt demnach auch in der Stadt keine Befriedigung. Die Förderung der Liebe zum Vaterland, die Einsicht in den Wert des Lebens auf dem Lande ist das große Ziel der ländlichen Fortbildungsschule. Es ist zwar eine schwere, aber eine wichtige Aufgabe, diesen Geist in den Schülern zu wecken und noch zu halten. Der ebenfalls befürchteten Konkurrenz der ländlichen Fortbildungsschule mit der Winterschule muß vorgebeugt werden. Die Winterschulen haben den Vorteil davon, wenn ihre Schüler durch die Fortbildungsschulen besser vorgebildet worden sind. Im übrigen habe der Vortragende schon hervorgehoben, daß nicht allerorten zwangsweise Fortbildungsschulen eingerichtet werden sollen, sondern die Entscheidung hierüber soll den Gemeinden überlassen werden. Allerdings könnten auch gewisse Nachteile entstehen, wenn die eine Gemeinde eine Schule errichtet und die andere nicht, indem möglicherweise die Jugend, die den Verlust ihrer Freiheit durch den Schulbesuch fürchtet, lieber in die Gemeinden ziehen, die keine Fortbildungsschule besitzen. Doch das seien Annahmen, über die zu reden später Zeit sei. Redner glaubt, daß man mit ruhigem Vertrauen der Zukunft entgegensehen könne. Was sich in der Provinz Hannover und überall, wo ländliche Fortbildungsschulen bestehen, als zweckmäßig und praktisch erwiesen hat, werde auch in der Provinz Sachsen möglich sein. Und die Einrichtung ländlicher Fortbildungsschulen ist nötig, um der ländlichen Jugend einen inneren Halt zu geben, gegen die umstürzlerischen Bestrebungen. Die ländliche Fortbildungsschule ist unbedingt ein Weg zu diesem Ziele und er, Redner, möchte dringend bitten, ihn zu beschreiten. Der Herr Minister werde seine Zustimmung jedenfalls aber nur dann geben, wenn die Kammer einen möglichst einstimmigen Beschluß faßte. — Herr Graf von Hohenthal erklärt, daß er gewiß nicht ohne weiteres ein Freund moderner Einrichtungen sei, aber hier handele es sich um bereits praktisch gemachte Erfahrungen. Man müsse sich immerhin auch an Neues gewöhnen. So habe man sich auch in bezug auf ländliche Wohnungen eines gewissen Fortschrittes befleißigen müssen. Als er vor 20 Jahren ein Gut von einem politisch liberalen Herrn käuflich erwarb, habe dieser auf des Redners Bemerkung: Die Wohnungen sind zu schlecht, erwidert: „Für die Luders sind sie lange gut." Man müsse sich auch an die Einführung ländlicher Fortbildungsschulen gewöhnen. Nötig sei ein Gemeindebeschluß, ob eine solche Schule errichtet werden solle. Wenn er gesagt habe, daß in denjenigen Kreisen, in denen der Kreisausschuß von der Notwendigkeit ländlicher Fortbildungsschulen überzeugt ist, über die Gemeinde hinaus die Errichtung solcher Schulen beschlossen werden sollte, so habe er dabei hauptsächlich industrielle Kreise im Auge gehabt. Die Verrohung unserer Jugend auf dem Lande ist das Schlimmste, was eingerissen ist. (Sehr richtig!) Hiergegen muß etwas getan werden. Sie muß erfahren, daß sie noch in Zucht steht. Redner empfahl die Annahme der außerordentlich maßvoll gehaltenen Entschließung. — Herr Staatsrat Willmau berichtete über die günstigen Erfahrungen, welche man in Gotha seit

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191001272-11/fragment/page=0002

40 Jahren mit den für die Gemeinden obligatorischen ländlichen Fortbildungsschulen gemacht habe. Der Staat zahle hauptsächlich die Mittel, die Gemeinden leisteten verhältnismäßig wenig. Die Landwirtschaft ist mit den Ergebnissen durchaus zufrieden. Die Eltern freuen sich, daß ihre Kinder nach einige Jahre unter Zucht stehen. — Herr Generaldirektor Winkler möchte den Gemeinden zunächst die Freiheit der Entschließung lassen. Der Zustand in Gotha könne nicht auch für unsere Verhältnisse empfohlen werden. Redner empfahl, daß man sich auf den Boden der vorgeschlagenen Entschließung stelle. Es werde an der Jugend bereits gearbeitet, aber von der gegnerischen Seite. Man müsse nun ebenfalls an die Jugend herankommen. Daß man nicht wissen könne, wie die Sache verläuft, sei ja selbstverständlich, es kommt eben auf den Geist an, in welchem der Gedanke der ländlichen Fortbildungsschule durchgeführt wird. Bei den Herren, die an der Spitze der Kammer stehen, habe auch ein gutes Stück Optimismus dazu gehört, alle die Einrichtungen zu treffen, die der Landwirtschaft zum Segen gereichen. Ohne diesen Optimismus wären wir nicht so weit. So solle man es auch hier machen. Es müsse einen eigentümlichen Eindruck machen, wenn unsere Provinz, die einen so vorzüglichen Ruf hat, hier versagen würde. — Herr Kammerpräsident von Busse bemerkte, ohne eine richtige obligatorische Fortbildungsschule würde man nicht vorwärts kommen. Eine Anzahl Gemeinden werde nicht zur Einführungen kommen. Namentlich in den sozialdemokratisch durchsetzten Gemeinden werde man Beschlüsse auf Einführung ländlicher Fortbildungsschulen, in denen auf die Jugend in dem besprochenen Sinne eingewirkt werden soll, nicht fassen. Von den Eltern werde aber eine Erziehung der schulentlassenen Jugend nicht mehr ausgeführt. Es empfehle sich deshalb, daß es nicht den Gemeinden überlassen bleibt, ob sie eine ländliche Fortbildungsschule errichten wollen oder nicht. — Nunmehr wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„In Anerkennung der hohen Bedeutung der Fürsorge für die schulentlassene Landjugend und deren Weitererziehung spricht sich die 15. ordentliche Plenarversammlung der Landwirtschaftskammer dahin aus, daß ein wirklicher Erfolg durch die ländlichen Fortbildungsschulen nur erzielt werden kann, wenn den Gemeinden die Möglichkeit gegeben ist, eine Verpflichtung zum Besuch der ländlichen Fortbildungsschulen zu begründen. Die Landwirtschaftskammer beantragt deshalb bei dem Herrn Landwirtschaftsminister, daß auch für die Provinz Sachsen ein Gesetz nach dem Muster des für die Provinz Hannover bestehenden Gesetzes vom 25. Januar 1909 betreffend die Verpflichtung zum Besuche ländlicher Fortbildungsschulen erlassen werden möchte." (Schluß folgt.)

Aus Nah und Fern.

Die Hochwasser-Katastrophe in Frankreich. Nach kalter Nacht begann es gestern, Mittwoch früh 6½ Uhr, in Paris zu schneien; am Vormittag fiel der Schnee in dichten Flocken, blieb aber nicht lange liegen. Das Wasser steigt immer noch und richtet besonders im zwölften und dreizehnten Arrondissement, sowie auf der Place Maubert, am Pont Neuf, auf der Place de la Concorde und in Passy großen Schaden an. Der Invaliden-Bahnhof ist überschwemmt, ebenso die Strecke der Untergrundbahn unter der Place de la Concorde. Nach einer Mitteilung der Orleans-Eisenbahn-Gesellschaft ist der Betrieb infolge des Hochwassers vollständig eingestellt. — Nach einer späteren Meldung aus Paris steigt das Wasser der Seine immer noch. Ein Teil des Ministeriums des Auswärtigen ist geräumt worden, insbesondere gefährdet ist das Javelviertel. Der Kriegsminister hat Paris in fünf Bezirke eingeteilt und jeden unter den Befehl eines Majors der Landwehr gestellt, die mit der Ordnung der Hilfsarbeiten beauftragt wurden. 120 Seelente und 74 Boote sind aus den Häfen eingetroffen und nach Alfort befördert worden, wo infolgedessen jede Lebensgefahr für die Bevölkerung beseitigt ist. Das Gebäude der Deputiertenkammer ist von der telephonischen und telegraphischen Verbindung abgeschnitten. Man befürchtete auch, daß infolge der Ueberschwemmung das Gas am gestrigen Abend nicht funktionieren würde. — Ferner wird aus den späteren Nachmittagsstunden des gestrigen Tages noch aus Paris gedrahtet: Die telegraphischen Verbindungen im südlichen und auswärtigen Verkehr arbeiten zufriedenstellend. 4177 Telephonabonnenten sind von telephonischen Verkehr abgeschnitten. Man erwartet für Donnerstag ein weiteres Steigen des Wassers um 80 Zentimeter. Für die in Mauerwerk aufgeführten Brücken hegt man keine Befürchtung, nur die in Eisen aufgeführten könnten durch Anhäufung treibender Holzstämme Schaden leiden. Das „Journal Officiel" ist am Mittwoch vormittag nicht erschienen, es sollte am Abend in abgekürztem Format erscheinen. Nach Meldungen aus der Provinz steigt auch die Marne noch immer. Der Doubs und die Saône scheinen jedoch zu fallen. — Bei Redaktionsschluß wird uns schließlich aus Paris gedrahtet: Das anläßlich des Geburtstages des deutschen Kaisers für Donnerstag abend anberaumte Festessen der deutschen Kolonie, das auch diesmal im Hotel Continental stattfinden sollte, mußte abgesagt werden, da die Küchenräume und die elektrischen Beleuchtungsanlagen des Hotels vollständig überschwemmt sind. Der Empfang auf der deutschen Botschaft findet am heutigen Donnerstag trotz der durch das Hochwasser verursachten Schwierigkeiten statt. In den Kellern des Botschaftspalastes steigt das Wasser ständig, trotzdem Tag und Nacht mehrere Pumpen tätig sind. Bisher ist es jedoch gelungen, wenigstens die in den Kellerräumen befindlichen Heizanlagen vor Ueberflutung zu schützen. Ein Flügel des Ministeriums des Aeußern mußte am Mittwoch nachmittag geräumt werden, da die Mauern infolge des Hochwassers bedenkliche Risse aufweisen. Auch in den von der Seine entfernteren Straßen machen sich die Wirkungen des Hochwassers mehr und mehr geltend. In der von dem Boulevard nach der Place de la Concorde führenden Rue Royal wurde der Wagenverkehr eingestellt, da in dem dort im Bau begriffenen Tunnel der Untergrundbahn Massen eingedrungen und ein Sammelkanal geborsten ist, wodurch Senkungen hervorgerufen wurden. Im Quai de Louvre sind gerade gegenüber dem Louvre-Museum Senkungen eingetreten, so daß diese Gegend von dem Verkehr abgesperrt werden mußte.

Unwetter überall. Während in Berlin ruhiger und kalter Frost eingetreten ist, tosen aus einzelnen Gegenden Deutschlands Sturmnachrichten ein. In Essen brach gestern (Mittwoch) abend ein furchtbarer Sturm los, der von heftigem Schneegestöber begleitet war. Die Straßenbahnen stellten den Betrieb ein. In der Eifel dauern die Schneefälle an. Hunderte von Arbeitern sind beschäftigt, die Bahnstrecken frei zu halten. Der Schnee liegt mehrfach drei Meter hoch. In Norddeutschland kam es zu vielen Unglücksfällen. In der Nordsee sind zahlreiche Schiffskatastrophen vorgekommen. Im Haag wütete gestern ein Blizzard, der im ganzen Lande große Störungen verursachte. In Nordengland herrschte gestern starker Schneesturm. In London wies das Thermometer 10 Grad Kälte auf. In Italien wütet bereits seit einigen Tagen ein furchtbares Unwetter. Aus Venedig wurde gestern die falsche Nachricht an den Vatikan gegeben, die Stadt sei von einem Seebeben halb zerstört.

Für die Erweiterung des Hafens in Ludwigshafen. Die bayerische Abgeordnetenkammer genehmigte für die Erweiterung des Hafens und der Umschlagsanlagen in Ludwigshafen am Rhein als erste Rate 100000 Mark.

Der Mörder des Obersten Karpow, Woskrossenski alias Patroff, ist nach einer Meldung aus Petersburg am Mittwoch früh hingerichtet worden.

Der Herzog-Regent von Braunschweig und seine Gemahlin sind in Bangkok eingetroffen. Der König gedenkt zu Ehren seiner Gäste große Festlichkeiten zu veranstalten.

Nach dem Tode König Leopolds. Das Appellationsgericht in Paris hat die Aufhebung der auf Antrag der Prinzessin Luise von Koburg erfolgten Versiegelung des Schlosses Balincourt (Oise), des Wohnsitzes der Baronin Vaughan, angeordnet und die Klage der Prinzessin kostenpflichtig abgewiesen.

Provinz Sachsen und Umgebung.

R. **Dessau,** 26. Jan. (In der zweiten Sitzung der anhaltischen Landessynode) am 25. cr. stand die Vorlage der Kirchenregierung betreffend die Erhöhung des Diensteinkommens der Geistlichen zur ersten Lesung. Staatsminister Laue hielt eine längere Rede, in der er darauf hinwies, daß in verschiedenen deutschen Bundesstaaten, so in Preußen, Sachsen und Braunschweig, die Geistlichen im Gehalt besser gestellt seien als in Anhalt. Der Gesetzentwurf, den die Staatsregierung der Synode vorgelegt habe, bringe eine Verbesserung der Pfarrergehälter nach zwei Richtungen hin. Einmal durch die Erhöhung der Zulagebeträge, die sechsmal 500 Mark und dreimal 400 Mark betragen sollen, und außerdem durch die Erhöhung des Endgehaltes um 700 Mark. Anhalt bleibe in dieser Skala zwar, was das Anfangsgehalt (3000 Mark) anbelange, hinter den vorhin genannten drei Staaten noch zurück, komme aber im Endgehalt (7200 Mark) höher als die thüringischen und die süddeutschen Staaten. Das Gesetz bedürfe noch der Zustimmung des Landtages. Da der Landtag bisher stets in entgegenkommender Weise den Bedürfnissen der Landeskirche Rechnung getragen und notwendige Geldmittel für kirchliche Zwecke niemals versagt habe, so sprach der Minister die Hoffnung aus, daß der Landtag auch die nachgesuchte Gehaltserhöhung der Geistlichen bewilligen werde. Synodale Pastor Heinzelmann-Bernburg sprach im Namen der Geistlichkeit der Kirchenregierung den Dank für die beabsichtigte Gehaltserhöhung aus. Es müsse unter allen Umständen dafür gesorgt werden, daß das Land nicht an einem Mangel an Theologen zu leiden habe.

Letzte Telegramme.

Die Berliner Große Oper.

Berlin, 27. Jan. Die Berliner Große Oper ist jetzt völlig gesichert. Gestern hat sich das Gründungssyndikat konstituiert.

Verhaftung einer Schwindlerbande.

Berlin, 27. Jan. In Geschäftskreisen, namentlich der Lebensmittelbranche, erregt die Verhaftung einer zehnköpfigen Schwindlerbande Aufsehen, die seit zehn Jahren Geschäftsleute in raffiniertester Weise schädigte. Es hat sich herausgestellt, daß die Führer der Bande ihre Agenten in Geschäften aller Art, namentlich in Warenhäusern, in Stellung zu bringen wußten, wo sie ihnen bei dem Warenschwindel helfen konnten.

Folgenschwere Explosion.

Essen, 27. Januar. Auf dem Bahnhofe Blankenstein erfolgte eine Explosion, weil beim Abladen von Benzinfässern ein russischer Arbeiter im Uebermut die brennende Zigarre in das Spundloch eines leeren Fasses hielt. Drei Arbeiter verbrannten hoffnungslos. Der Urheber erlitt schwere Brandwunden und wurde flüchtig.

Die Wahlen in England.

London, 27. Jan. Bis 2 Uhr nachts waren 255 Unionisten, 233 Liberale, 38 Mitglieder der Arbeiterpartei und 72 Nationalisten gewählt. Die Unionisten gewannen 117, die Liberalen 17 Sitze, die Arbeiterpartei einen.

Börsen- und Handelsteil.

Allgemeines.

—y. **Vom Rohzuckermarkte** sind aus der Berichtswoche vom 18. bis 24. Januar wesentliche Meldungen nicht zu verzeichnen. Das Geschäft bewegte sich in engen Grenzen.

W. **Wollauktion in London** Mittwoch, 26. Januar. Die Auktion ist weiterhin stramm und lebhaft. Die Preistendenz ist zu Gunsten der Verkäufer. Merinos angiehend.

A. Produkten- und Warenmärkte.

Getreide, Hülsenfrüchte und Futtermittel.

L. **Hamburg,** 26. Januar. Tägliche ausländische Offerten in Mark per Tonne einschließlich Fracht-Zoll-Spesen, Mitgeteilt von der Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats. **Weizen:** Hardwinter II Dez./Jan. 242 M, Northern I Duluth Jan. 257 M, Durum I Duluth Jan. 233½ M, Ulka 10 Pud 4 % Dez./Jan. 238 M, 10 Pud 5 April/Mai 237 M, Orenburg. 78/79 kg Jan./Febr. 237 M, Samara 78/79 kg Jan./Febr. 238 M, April/Mai 236 M, Arg. Barletta Rusio 78 kg Dez./Jan. 238 M, Jan./Febr. 234 M, Febr./März 233½ M, Rosafé 78 kg Dez./Jan. 239½ M, Jan./Febr. 237 M — **Roggen:** Südrußl. 9 Pud 20/25 gute Häien Jan. 185½ M — **Futtergerste:** Südrußl. 60/61 kg Jan. 126½ M, Febr. 125½ M, März 125½ M, April/Juni 12½ M — **Hafer:** Nordr. 50/51 kg Febr./April 166 M, März/Mai 166½ M — **Mais:** Mixed fällig 149½ M, Febr. 152½ M, März 153½ M, La Plata April/Mai-Mai/Juni 149½ M.

— **Berlin,** 26. Januar. (Berliner Produktenbörse.) Die amtlich festgestellten Preise waren am Frühmarkt: Weizen inländischer 224,00—227,00 M ab Bahn und frei Mühle, Mai —,— bis —,— M, Juli —,— bis —,— M. Roggen, inländ 165,00—167,00 M ab Bahn und frei Mühle, Juli —,— M. Hafer, märk., mecklenb., pomm. preuß., pos. und schles. fein 173—182 M, mittel 167—172 M, gering 163—166 M, russischer und Donau mittel 157,00—163,00 M, gering —,— bis —,— M ab Bahn und frei Wagen. Mai —,— bis —,— M. **Mais,** amerik. mixed. 169,00—164,00 M, etwas abfallender —,— M, türk. mixed —,— M, runder 156,00—160,00 M frei Wagen. Gerste, inländ. Futtergerste, mittel und gering 142—148 M, gute 149—160 M, russ. und Donau leichte —,— M, schwere —,— M ab Bahn u. frei Wagen. **Erbsen,** inländ. u. ausl. Futterware mittel 163—169 M, Taubenerbsen 170—182 M, kleine Kocherbsen —,— bis —,— M, Viktoriaerbsen —,— M ab Bahn und frei Wagen, **Bohnen,** weiße —,— M. Linsen —,— M ab Bahn, **Weizenmehl** 00 27,75—30,50 M **Roggenmehl** 0 und 1 20,50 bis 22,50 M, **Weizenkleie** 11,50—12,10 M **Roggenkleie** 11,50—12,10 M — Mittagsbörse: **Weizen,** inländ. 225,00—226,00 M ab Bahn, Mai 227,75 226,75 M, Juli 228,50—227,75 M, September 214,25 bis 214,00 M **Roggen,** inl. 165,00—166,00 ab Bahn, Mai 176,75 bis 176,25 M, Juli 179,75—179,25 M. Hafer Mai 165,50 M, Juli 167,75 M **Weizenmehl** 00 27,75—30,50 M **Roggenmehl** 0 und 1 20,50—22,30 M. **Rüböl** Januar 56,50 M Brief, Mai 54,60 M.

L. **Weltmarkt,** Berlin, 26. Jan. Tägliche Börsenotierungen auf dem Weltmarkt in Mk. für 1000 kg ausschließl. Fracht, Zoll und Spesen. (Mitgeteilt von der Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats.) **Weizen** Berlin 755 gr., Mai 2 6,75, Juli 227,75. Newyork Red Winter Nr. 2 loko —,—, Mai 182,65, Chicago Northern I Spring, Mai 170,50, Juli 155,85. Liverpool Red Winter Nr. 2, März 187,50. Paris Lieferungsware Jan. —,—, Budapest Lieferungsware April 243,00. Odessa Ulka $9^{35}/_{30}$ 4 % Bes. einschl. Bordospesen loko 168,60. Buenos-Aires Durchschn.-Qualität bordfrei —,—. **Roggen:** Berlin 712 gr. Mai 176,25, Juli 179,25. Odessa $9^{10}/_{15}$ einschl. Bordospesen loko 127,10. **Hafer:** Berlin 450 gr. Mai 165,50, Juli 167,75. **Mais:** Berlin Lieferungsware Mai —,—. Newyork mixed Mai 125,65. Buenos-Aires Durchschnitt-Qualität bordfrei —,—.

Hopfen.

— **Nürnberg,** 25. Januar. (Hopfenbericht.) Gestern und heute gelangten bei schwacher Frage zusammen 150 Ballen zu festen Preisen zum Verkauf.

Kartoffeln. Kartoffelmehl. Stärke.

— **Berlin,** 26. Januar. Kartoffelstärke 21,00—21,50 Mk. Kartoffelmehl 21,00—21,50 Mk., feuchte Stärke 10,80 Mk.

Spiritus.

— **Nordhausen,** 26. Januar. Branntwein 40 Vol.-% für 100 kg (105—106 Ltr.) 85,25—86,25 Mk., Branntwein 45 Vol.-% für 100 kg (106—107 Ltr.) 95,25—96,25 Mk. per loko und Januar Branntwein 40 Vol.-% für 100 kg (105—106 Ltr.) 85,50—86,50 Mk. Branntwin 45 Vol.-% für 100 kg (106—107 Ltr.) 95,50—96,50 Mk. per Januar-September-Lieferung ohne Faß ab Brennerei, nach Angabe der Vereinigung der Nordhäuser Kornbranntweinfabrikanten, E. V., durch die Handelskammer notiert.

— **Hamburg,** 26. Januar. Spiritus stramm, Januar 20½ G., Januar-Februar 20½ G., Februar-März 20½ G.

— **Paris,** 26 Januar. Spiritus ruhig, Januar 48,25, Februar 48,75, Mai-August 50,50, September-Dezember 44,75.

Oele und Oelfrüchte.

— **Köln,** 26. Januar. Rüböl loko 61,50, Mai 60,00.

— **Hamburg,** 26. Januar. Rüböl ruhig, loko verzollt 58,00.

— **Amsterdam,** 26. Januar. Leinöl fest, loko 35, Februar 34¾, Februar-April —, Mai-August 33½, Sept.-Dez. 32⅝.

— **Paris,** 26. Januar. Rüböl behauptet, Jan. 61,50, Febr. 61,75, März-April 62,50, Mai-August 63,50.

— **Pest,** 26. Januar. Kohlraps stetig, August 13,70 G.

Zucker.

W. **Hamburg,** 26. Januar. Rüben-Rohzucker, 1. Produkt Basis 88 % Rendement, neue Usance, frei an Bord Hamburg per 50 Kilo per Jan. 12,80, per März 12,92½, per Mai 13,05, per August 13,25, per Oktober 11,32½, per Dezember 11,17½. Tendenz: ruhig.

W. **London,** 26. Januar. Rüben-Rohzucker 88 % Januar, 12 sh. 10¾ d. Wert, stetig, Java-Zucker 96 % prompt 13 sh. 6 d. Verkäufer ruhig.

Kaffee.

— **Hamburg,** 26. Januar. Kaffee-Termin-Notierungen. Nur für Good average Santos März 36 G., Mai 36¼ G., September 36 G., Dezember 35½ G. Tendenz: stetig.

— **Amsterdam,** 26. Januar. Java-Kaffee, good ordinary, fest, loko 41½.

— **Havre,** 26. Januar. **Kaffee.** Good average Santos März 46,50, Mai 46,25, September 45,75, Dezember 45,50. Tendenz: behauptet.

W. **Rio de Janeiro,** 25. Januar. **Kaffee.** Zufuhren 8000 sac in Rio, — Sac in Santos.

Wolle und Baumwolle.

— **Bremen,** 26. Januar. Baumwolle, ruhiger, Upland middling loko 74¼ Pfg.

— **Antwerpen,** 26. Jan. Wolle. La Plata-Kammzug Type B. März 5,55 Käufer, September 5,65 Käufer. Tendenz: Behauptet.

— **Liverpool,** 26. Jan. Baumwolle. Umsatz 12 000 Ballen, davon für Spekulation und Export — — Ballen. Tendenz: Ruhig Amerikanische middling Lieferungen: Willig. Per Jan. 7,44 per Jan.-Febr. 7,44, per Febr.-März 7,45, per März-April 7,47, per April-Mai 7,48, per Mai-Juni 7,50, per Juni-Juli 7,50, per Juli-August 7,49, per Aug.-Sept. 7,22, per Sept.-Okt. 6,78.

Petroleum.

— **Hamburg,** 26. Januar. Petroleum lustlos, Amerik. spe Gewicht 0,800 6,30.

Metalle.

— **Amsterdam,** 26. Januar. Banczazinn fest, loko 88¾.

— **London,** 26. Jan. Blei, span., 13 11/16 Lstr., engl. 14 Lstr. Zinn 146¾ Lstr., Kupfer 63¼ Lstr., Chile-Kupfer 60¼ Lstr., 3 Monat 61 9/16 Lstr.

— **Glasgow,** 26. Jan. Roheisen. Scotch warrants — sh. — d. Warrants Middlesborough III 52 sh. ½ d.

B. Tiere und tierische Produkte.

Schlachtviehmärkte.

— **Berlin,** 26. Jan. Städtischer Schlachtviehmarkt. Amtlicher Bericht der Direktion. Es standen zum Verkauf: 624 Rinder (darunter 302 Bullen, 150 Ochsen, 172 Kühe und Färsen), 2364 Kälber, 1528 Schafe, 15 129 Schweine. Die Preise verstehen sich für 1 Ztr. Lebend- oder Schlachtgewicht. Ochsen, Bullen, Kühe und Jungvieh fehlen. Kälber: A. bis 96 (bis 128), B. 57 bis 63 (100—106), C. 46—56 (89—96), D. 26—41 (56—76) M. Schafe: A. 36—41 (78—82), B. 33—35 (70—74), C. 25—31 (55—66), D. ——— (—,—) M. Schweine: A. — (—), B. 57 bis 58 (71—72), C. 55—57 (69—71), D. 54—55 (67—69), E. 51 bis 53 (64—66), F. 52—54 (65—68) M. — Tendenz: Vom Rindervorstrieb blieben ungefähr 220 Stück unverkauft. Der Kälberhandel gestaltete sich ruhig. Bei den Schafen fanden etwa drei Viertel des Auftriebes Absatz. Der Schweinemarkt setzte ruhig ein, verlief langsam und wird nicht geräumt.

Magervieh- und Friedrichsfelde. (Amtlich.)

⊙ **Friedrichsfelde,** 26. Januar. Auftrieb: 3543 Schweine, 859 Ferkel. Verlauf des Marktes: Reges Geschäft; Preise unverändert. Es wurde gezahlt im Engroshandel für: Läuferschweine: 6—7 Monate alt 43—62 M, 3—5 Monate alt 36 bis 42 M, Pölke 26—35 M; für Ferkel, mindestens 8 Wochen alt, 19—25 M, unter 8 Wochen alt 14—18 M.

Butter. Schmalz. Speck.

+ **Berlin,** 26. Jan. Bericht von Gebr. Gaue. (Originalbericht der Hall. Ztg.) **Butter:** Die heutigen Notierungen sind: Hof- und Genossenschaftsbutter **Ia** Qual. 126—130 M, do. IIa Qual. 125—128 M — **Schmalz:** Die heutigen Notierungen sind: Choicest Western Steam 68,00—68,50 M, amerikanisches Tafelschmalz Borasic 71,00 M, Berliner Stadtschmalz Krone 69,00—76,00 M, Berliner Bratenschmalz Kornblume 70,00—76,00 M. — **Speck:** ruhig.

Fische.

— **Hamburg,** 25. Januar. (Amtliche Notierungen der Auktionspreise.) Per Zentner: Seezungen I. 163—177 Mk., do. II. 138—145 Mk., do. III. 87—96 Mk., Steinbutt I. 142—160 Mk., do. II. 96—110 Mk., do. III. 61—81 Mk., Tarbutt I. 80—85 Mk., do. II. 56—65 Mk., do. III. 34—50 Mk., Schellfisch I. 20½—25½ Mk., do. II. 17½—20½ Mk., do. III. 15½—16 Mk., do. IV. 15¾—16 Mk., do. V. 12½—12½ Mk., Schollen I. 25 Mk., do. II. 20—42, do. III. 22—23, do. IV. 13—19 Kabeljau I. 14½—21½ Mk., do. II. 13—16½ Mk., do. III. 8½—10½ Mk., Seehecht I. 35 Mk., do. II. 9 Mk., Rotzunge I. 71—78 Mk., do. II. 30—33 Mk., do. III. — Mk., do. echte 30—48 Mk., Köhler (Blaufisch) 11¾—12¾ Mk., Lengfisch 10—13½ Mk., Kalifisch 19-25 Rochen 3—8¾ Mk., Knurrhahn (grau) 7—8 Mk., do. (rot, genannt Petermann) — Mk., Heilbutt I. 85—124 Mk., do. II. 37—40 Mk., Klotbaisch — Mk., Schaube — Mk., Haifisch — Mk., Seetenfel 19—19¾ Mk., Wittling 5¾—13½ Mk., Taschenkrebse — Mk., Seekrebs 3¾ Mk., Makrele 10 Mk. Tendenz: fest.

C. Neueste Handels-Depeschen.

W. **New-York,** 26. Januar. Roter Winter-Weizen loko —, per März —,—, per Mai 118⅞/8, per Juli 109½/8, per Sept. —,—. **Mais** per Mai 76, per Juli 75¾, per Sept. 75½. Mehl 4,40. **Getreidefracht nach Liverpool** 1½.

W. **Chicago,** 26. Jan. **Weizen** per Mai 111⅛, per Juli 101⅝/8. **Mais** per Mai 67.

W. **New-York,** 26. Jan. Petroleum Standard white in New-York 7,90, do. in Philadelphia 7,90, do. in Refined Cases 10,30, do. Credit Balances at Oil City 140.

W. **New-York,** 26. Jan. Schmalz Westernsteam 12,80, Rohe und Brothers 12,80.

Verantwortlich: Für Politik und Feuilleton: Dr. Walther Gebauschlagen für Provinz, Allgemeines, Börsen-, Handelsteil: Max Edelitz; für Lokales Heinrich Mieschner; Schlußredaktion A. Berwecke, sämtlich in Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191001272-11/fragment/page=0003

Die Rubrik in Cursivschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeutet:

𝔄 1.Jan.	4 1.Apr.	7 1.Juli	O 1.Okt.	a 1.1.7.	d 1.4.10.	g 15.3.9.	k 15.6.12.	q quartaliter 1.1.4.7.10.
𝔅 1.Fbr.	5 1.Mai	8 1.Aug.	N 1.Nov.	b 1.2.8.	e 1.5.11.	h 15.4.10.	l 11.6.12.	do. 1.2.5.8.11.
𝔇 1.Mrz.	6 1.Juni	9 1.Sept.	D 1.Dez.	c 1.3.9.	f 1.6.12.	i 15.5.11.	v versch.	do. 1.3.6.9.12.

Berliner Börse, 26. Jan. 1910

Umrechnungssätze: 1 Fr., Lire, Leu, Peseta: 80 Pf. — Oest. 1 fl. Gold: 2 M., Oest. 1 fl. Kr.: 0,85, 7 fl. südd.: 12. — 1 fl. holl.: 1,70. — 1 M. Banco: 1,50. — 1 Kr.: 1,12½. — 1 Rbl.: 2,16. 1 Gold-Rbl.: 3,20. — 1 Peso: 4. — 1 Doll.: 4,20. — 1 Lstrl.: 20,40 M.
Berlin. Bankdiskont 4½%, Lombardzinsfuß 5½%. Privatdiskont 3%.
Nachdr. verb.

Erläuterungen zum Kurszettel: Von den Obligationen der industriellen Gesellschaften sind diejenigen, welche hypothekarisch sichergestellt sind, mit einem Stern (*) gekennzeichnet. Von den über pari rückzahlbaren Obligationen industrieller Gesellschaften sind die mit 101, 102, 103, 104 oder 105 rückzahlbaren Obligationen entsprechend mit 1, 2, 3, 4 oder 5 bezeichnet.

Dtsch. Fds. u. Staats-Pap.

Dt.Rchs.Sch.	d	4	100.75b
do. 1.4.12	d	4	101.20G
do. 1.7.12	a	4	100.90b
Pr.Schatz12	a	4	100.80bG
do. 13	d	4	101.10bG
Dt.Rchs.-Anl	v	3½	94.20bG
do. do.	d	4	102.40bG
do. do.	v	3	85.50B

Thorn 01u11	d	4	100.60G
Weimar	a	3½	93.25G
Wiesb79/83	v	3½	95.80G
Worms 01	a	4	100.60G
Zerbst 05 II	a	3½	93.00G

Deutsche Pfandbriefe

Berlin. Pfdb.	a	5	120.10G
do. do.	a	4½	108.20G
do. do.	a	4	102.20G

Siames. Anl.	v	4½	96.75G
Span. Schdkf.	q	4	—.—
Türk Adm Anl	e	4	88.90bG
do. Bagd.-A.	c	4	87.60bG
do. do. priv.	c	4	—.—
do. unifiz.03	c	4	95.00bG
do. do. 05	c	4	87.60bG
do. do. 08	a	4	87.80bG
do. 400Fr.L.	—	frs.	181.70b
Ung.Goldrnt.	a	4	95.80G

DuxBod.Gold	a	4	98.25B
do. inKronen	a	3	77.80G
Dux-Prag. G.	a	3	79.30G
Kasch.O. Gld	a	4	96.00B
do. Silb. 89	a	4	94.90b
Lmb.Czn.stf.	e	4	95.10G
Oest.U.St.95	e	3	79.50G
do. 1. u. II	e	5	106.30G
Raab Oedb.G	d	3	76.60G
Südöst.(Lb.)	a	2,6	59.50bB

Pr.Ctr.Bd.03	a	4	100.10b
do.v.06 u.16	a	4	100.40bG
do.v.07 u.17	a	4	100.60b
do.v.09 u.19	a	4	101.00bG
do. v. 86. 89	v	3½	91.30G
do. v. 94, 96	a	3½	91.10bG
do.v.04 u.13	a	3½	92 00bG
do.K.-O.v.01	a	4	100 40G
do.do. 1908	a	4	101.50G
do.do.87/96	d	3½	92 20bG

N.BodenAG.1	a	3½	89.75bG
N.Photog G.2	d	4½	93.75B
Ndrlaus. K. 2	d	*4½	101.10bG
Nrdd.Eisw. 3	d	*4	—.—
Nordd. Lloyd	d	4½	101.00b
do.	d	4	96.50G
ObschlEisb3	a	*4	—
do.u.1912 3	c	*4½	103.00G
do Eis.-Ind.	a	*4	—.—
do. Koksw. 3	a	*4	98.50bG

Patzenhofer	O	11	229.00b
Pfefferberg	O	7½	171 50bG
Schöneb Sch	O	8	193.00bG
Schultheiss	9	14	250.60bG
Spandauer B	O	4	134.25bG
Vereinsb. kv.	O	10	208.50G
do. St.-Pr.	O	12	229.00bG
Victoria	O	3	90.25bG

Auswärtige

Boch. Victor.	8	7	117.50bG

Cöln-Müsen	7	0	120.75bB	
Concordia B.	1	10	299.90b	
do. chem.	7	13	213.00bG	
do. Spinner.	1	0	165.00bB	
Consolidat.	1	23	410.00G	
ContEINrbVA	4	4	90.00bG	
do.Wasserw.	1	7½	143 25bG	
Cottb. Masch	O	3	95.25G	
Cröllw. Pap.	7	12	222 00bG	
Delmnh. Lin	1	13	220.80b	

Kön.Marienh	1	6	100.50bG
do. V.-A	1	6	100.50bG
Kgsb Lagerh	8	6	109.60G
do. Walzm.	1	6	127.80b
do. Zellst.	4	20	297.10bG
Königsborn	1	13	209 90b
KönigszeltP.	7	6	177.00B
Körbisd. Zck	4	10	172.50b
Gbr. Körting	1	6	139.60bG
Körting's El.	4	6½	127.60bG

Schöll.Eit Kg	5	0	108.30bG
Schelten St.	9	11	179.00B
Schomburg	O	7	137.90b
Schöneb Fr T	4	12	189.10B
do. Metall	7	0	74.50B
Schoening	5	6	117.50bG
Schönw. Prz.	1	0	90 80bG
Schott Rhdt.	1	7	110.50bG
Schftg. Huck	1	1	123.50G
Schub.& Slz.	4	20	374.25bG

[illegible]

Erläuterungen zum Kurszettel. Bei den Rentenwerten ist der Zinsfuss vor den Kursen angegeben. Bei den Dividendenwerten (Industrie-, Bank- u. Bahn-Aktien) betragen die usancemässigen Stückzinsen 4 pCt., und zwar werden diese vom Beginn des Geschäftsjahres an auf den Nennbetrag jeder Aktie bis zum Tage des Kaufes gerechnet. Unverzinsliche Lospapiere, Aktien liquidierender Gesellschaften, Versicherungsaktien und Genussscheine werden frei von Zinsen in Mark pro Stück, notleidende Papiere in Prozenten notiert.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191001272-11/fragment/page=0004